

BESCHMIERTE BAHNHOF SUNTERFÜHRUNG IN KAPFENBERG

Frisch gestrichen: Gemeinde hat Taten gesetzt

Ganz besonders freuen wir uns, dass die Gemeinde Kapfenberg rasch gehandelt hat, als wir in unserer Zeitung über ausländerfeindliche und rassistische Schmierereien sowie Nazi-Parolen in der Unterführung beim Kapfenberger Bahnhof berichtet haben.

Wir bedanken uns hiermit bei der Kapfenberger Baudirektion für die Ausmalaktion.

Leider ist es gemäß unserer Erfahrung oft der Fall, dass

leere Flächen eine erneute Einladung zum Beschmieren darstellen können und nach spätestens einem halben Jahr die Wände wieder gleich aussehen. Um dem entgegenzuwirken, hat die Kommunistische Jugend (KJÖ) der Gemeinde angeboten, wie in Mitterdorf bei der Bahnstufunterführung bereits geschehen, künstlerisch zu agieren, damit kein Platz für menschenverachtendes Gedankengut mehr ist.



Als Beispiel eine gelungene Aktion in Mitterdorf

MÜLLGEBÜHREN

Es ginge besser

Leider kümmern sich immer noch zuwenig Menschen um die Mülltrennung, obwohl genügend Informationen da sind und es leicht ist, alles in die passenden Tonnen zu werfen.

In vielen Gemeinden richten sich die Müllgebühren gerade gegen die Bürger, die wenig Müll verursachen, da sie schon beim Einkaufen versuchen, unnötige Verpackungen zu vermeiden und ihren Müll ordnungsgemäß trennen. Es gibt mehrere Varianten der Abrechnung: entweder nach der Zahl der Abfuhrtermine, nach dem Gewicht oder einfach mittels Quartalsgebühr, die nur nach der Größe der Tonnen variiert bzw. ob man eigenkompostiert oder seinen Biomüll abholen lässt.

In Kapfenberg müssen auch die, die ihren Müll vorbildlich trennen und die kleine Tonne höchstens vier Mal jährlich abholen lassen, gleich viel bezahlen, wie jemand, der den Müll alle drei Wochen entleeren lässt. Solche Ungerechtigkeiten gehören unserer Meinung nach abgestellt. Mülltrennung könnte so durch günstigere Kosten honoriert werden.

Dass Haushalte nur für wirklich nötige Abfuhr zahlen müssen, lässt sich leicht machen: Man bestellt im Gemeindegemeindeamt Etiketten, nur Kübel mit einer aufgeklebten Etikette werden geleert. Und nur die tatsächlich geleerten Tonnen werden verrechnet. In St. Marein im Mürztal ist das bereits gängige Praxis.

KONKURS

49 Jobs verloren

Die Kapfenberger Apparatebau-Schweißtechnik ist in Konkurs; 49 Beschäftigte sind betroffen.

Nach BBG (Böhler-Baugeräte-Gesellschaft) und BPI (Böhler-Pneumatik International) ist nun die Firma Apparatebau-Schweißtechnik GmbH in Kapfenberg in großen finanziellen Schwierigkeiten. „Und wieder trifft es einen Betrieb, der von Böhler abgespalten und privatisiert worden ist.“

Mit diesen Worten kommentierte der Kapfenberger KPÖ-Sprecher Clemens Perteneder den Konkurs der Firma, von dem 49 Beschäftigte betroffen sind. Clemens Perteneder: „Ich frage mich, wo die Ge-

winne der letzten Jahre geblieben sind.“ Die aktuelle Lage ist ein Grund, warum die KPÖ daran erinnert, dass die Schaffung einer Steiermark-Holding einige Probleme lösen würde.

Gegen Personalabbau

Aufgabe dieser Holding wäre der Erwerb von langfristigen Beteiligungen an Unternehmen mit Standorten in der Steiermark. Die Wiederherstellung eines deutlichen Einflusses der öffentlichen Hand in Form von Beteiligungen an Betriebsvermögen soll Betriebsschließungen zur Profitmaximierung, Personalabbau, Lohndruck, verstärkte Ausbeutung und Verlagerungen ins Ausland einen Riegel vorschieben.

Unsere Telefonnummern:

Tel u Fax 03862/22417
oder 0676/6132771

**KPÖ-Kapfenberg, GLB, Kinderland, KJÖ,
Mieterschutzverband**

Donnerstag 14 - 17 Uhr
Freitag von 9 - 19 Uhr und nach Vereinbarung

Zentralverband der Pensionisten:

Jeden 1. Donnerstag des Monats
von 14 bis 17 Uhr

Schreiben Sie uns!

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg,
Fax 03862/22417
m@il: kpoe-kapfenberg@gmx.at

Bund Demokratischer Frauen

Jeden 2. Dienstag des Monats
von 15 bis 18 Uhr

Kommunistische Jugend

Österreichs -KJÖ

m@il: kjoe@kjoe.at

www.kjoe.at

Tel. 038 62/22 4 17

AKTION FÜR LEHRLINGSKÜNDIGUNGSSCHUTZ

Kündigungsschutz statt Inserate

2.238 Unterschriften konnte die Kommunistische Jugend (KJÖ) kurzfristig für die Wiedereinführung des Lehrlingskündigungsschutzes sammeln und im Sozialministerium übergeben. Offensichtlich brennt dieses Thema den Jugendlichen unter den Nägeln.



Von Jakob Matscheko

Es zeigt aber auch, dass der Zukunftsraub an der Jugend sich nicht durch teure Zeitungsinserte, in denen aufgelistet wird, was nicht alles für die Jugend und Lehrlinge gemacht wird, kaschieren lässt! Denn der Wegfall des bisherigen Kündigungsschutzes für Lehrlinge zeigt klar, wessen Interessen diese Regierung vertritt.

Denn wer Lehrlinge wesentlich und willentlich der Gefahr aussetzt, nach Ablauf eines oder zweier Lehrjahre nach Gutdünken der Lehrherren gekündigt zu werden, steht auf der Seite derer, die Andere für sich zu schlechten Bedingungen arbeiten lassen. Wer dies als Draufgabe noch

als Methode zur Schaffung neuer Lehrstellen verkaufen will, versucht bewusst in die Irre zu führen.

Die 5.000 im Rahmen des Wegfalls des Kündigungsschutzes versprochenen Stellen wurden nicht nur nicht geschaffen, es sind sogar 4.000 weniger als damals. In keiner Altersklasse ist die Arbeitslosigkeit dermaßen rasant gestiegen wie bei den Jungen.

Und das, obwohl die offiziellen Zahlen nicht das wahre Ausmaß der Misere widerspiegeln. War es vor 20, 30 Jahren noch vergleichsweise einfach, nach der Schulbildung direkt eine fixe Stelle zu bekommen, müssen heute viele Jugendliche versuchen, sich mit schlecht oder gar nicht bezahlten Praktika, Volontariaten, befristeter Beschäftigung, Leiharbeit oder auf Werkvertragsbasis irgendwie über Wasser zu halten. Und in dieser Situ-

ation, in der sicherere Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze mehr denn je benötigt werden, will die Bundesregierung nichts von einem Lehrlingskündigungsschutz hören.

Es geht aber nicht um abstrakte Zahlen von Lehrlingen, hinter jedem steckt ein persönliches Schicksal. Für jeden, der nun nach ein oder zwei Lehrjahren seine Stelle verliert, weil er Streit mit dem Chef hatte oder weil dieser lieber einen Billigeren einstellen will, trägt diese Bundesregierung die Verantwortung. Für die Bosse ist es ein Leichtes, sich von einem unliebsamen Lehrling zu trennen – dass dieser als „Halbausgebildeter“ bald wieder eine Lehrstelle bekommt, grenzt ans Unmögliche.

Was versteht die Bundesregierung unter Lehrlingspolitik? Angesichts der Millionenförderungen an die Betriebe offensichtlich Geldgeschenke an jene, die ohnedies schon bedient sind.

Man muss dazu noch sagen, dass wir es hier nicht mit einer SPÖ zu tun haben, die sich in dieser Frage aus koalitionärer Rücksichtnahme der ÖVP-Meinung beugt, sondern um eine Sozialdemokratie, die von sich aus Verschlechterungen für die arbeitende Jugend herbeiführt. So wurden Anträge der KPÖ im Landtag und des GLB in der Arbeiterkammer, welche auf diesen Missstand hinwiesen und eine Wiederherstellung des Kündigungsschutzes forderten, von der SPÖ niedergestimmt. In beiden Gremien hätten Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen die Mehrheit.

Im Rahmen der Unterschriftensammlung führte die KJÖ in Kapfenberg auch

eine gut besuchte Informationsveranstaltung für Lehrlinge und JungarbeiterInnen durch, wo zwei Betriebsräte und der GLB-Arbeiterkammertrat Kurt Luttenberger über die Situation und die Rechte der Jugendlichen informierten. Eine Anwesenheit diverser SP-Funktionäre wäre durchaus erwünscht gewesen, denn die Argumente der SPÖler bei den Antragsablehnungen im Landtag und der AK waren immer fadenscheinig und zeugten von Unkenntnis oder Ignoranz!

Zu erwähnen ist zusätzlich, dass es auch keine überbetriebliche Ausbildung für Lehrstellensuchende gibt, die keine Stelle finden, wie immer wieder fälschlicherweise behauptet wird.

Es bleibt die Feststellung, dass in der Steiermark nur die Kommunistinnen und Kommunisten die Interessen der arbeitenden und lernenden Jugend vertreten. Und wenn wir die Wiedereinführung des Lehrlings-Kündigungsschutzes einfordern, muss daran erinnert werden, dass eine Mindest-Lehrlingsentschädigung noch immer ausständig ist. Mindestens 500 Euro im ersten Lehrjahr bei einer Erhöhung von 150 Euro für jedes weitere Lehrjahr ist diesbezüglich die absolute Mindestforderung – Kürzungen bei bereits besser bezahlten Lehrstellen selbstverständlich ausgeschlossen.



KPÖ-Liste 3 zeigt auf

Im März 2010 finden Gemeinderatswahlen statt. Wir beabsichtigen in mehreren Gemeinden zu kandidieren. Sollten Sie Interesse an einer Mitarbeit oder einer Kandidatur haben, so ersuchen wir Sie mit uns in Kontakt zu treten.

Unsere Telefonnummern:

Tel u Fax 03862/22417 oder 0676/6132771

E-Mail: kpoe-kapfenberg@gmx.at



KOMMENTAR

Mir fällt was auf

von Clemens Perteneder



Sowohl auf den persönlichen Brief an Vizebürgermeister Straßegger im August 09 als auch auf den in der letzten Nummer der Volksstimme veröffentlichten Brief gleichen Wortlautes, haben wir leider keine Antwort erhalten. Auch hat sich kein zuständiger Politiker oder Verantwortlicher gemeldet.

Allerdings wurden wir vom ORF-Fernsehen kontaktiert, weil dieses eine Sendung produziert, in der es darum geht, die Gründe herauszufinden, warum nur ein Bruchteil der Anspruchsberechtigten auch Sozialhilfe bezieht. Nach wie vor müssen gegen dutzende Bescheide Berufungen eingebracht werden.

Nach wie vor gibt es Sozialämter, in denen Leute beschämend behandelt werden. Die diesbezügliche Sendung „Report“ wird am 12. Jänner 2010 in ORF 2 ausgestrahlt.

Wenn wir die zuständigen Behörden auf Missstände angesprochen haben, war die Antwort, in der Steiermark sei eh alles in Ordnung. Diese Ausreden und Ausflüchte, dieses Verschließen der Augen vor der Realität, sollte ein Ende haben.

Der zuständige SPÖ-Landesrat und verschiedene Bezirkshauptleute wurden vom ORF kontaktiert. Ob nun endlich Maßnahmen folgen werden, bleibt bis dato aber ungeklärt. Es ist so, dass man

das, was in vielen Ämtern und Behörden geschieht, durchwegs als Rechtswidrigkeiten bezeichnen kann. In Voitsberg werden mittlerweile Gelder, auf die Rechtsansprüche bestehen, richtig ausbezahlt, in anderen Bezirken jedoch nicht.

Das ist verständlich, denn in Voitsberg ist das persönliche Engagement des Bezirkshauptmannes im Spiel. Ohne ein solches wird es eben nicht gehen. Es gibt zwar klare Gesetze, die Bezirkshauptleute können und müssen jedoch dafür Sorge tragen, dass die Gesetze in ihren Behörden richtig vollzogen werden. Neben ihnen obliegt es auch den BürgermeisterInnen sowie den zuständigen PolitikerInnen, darauf zu achten, dass in ihren Ämtern die Anträge auf Sozialhilfe angenommen und die Menschen richtig informiert werden.

Mein Angebot an Sie als Leser unserer Zeitung ist es, dass man mich bei allen Anliegen und Fragen kontaktieren kann. Das beinhaltet auch, dass ich, wenn Sie wollen, ihren Anspruch auf Sozialhilfe überprüfe und Sie bei der Antragstellung oder Berufung unterstütze. Mir ist es wichtig, dass alle zu ihrem Recht kommen und nicht ausgerechnet bei jenen gespart wird, die ohnehin wenig haben.

Rat & Hilfe

bei der Mieter- und Sozialberatung der KPÖ

Bei unserer kostenlosen Mieterberatung finden Sie Rat und Hilfe...

- ...bei allen mietrechtlichen Fragen
- ...bei Fragen zur Betriebskostenabrechnung
- ...wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
- ...bei drohender Delogierung
- ...wenn Sie mit Ihrem Vermieter oder der Genossenschaft Probleme haben
- ...und in Fragen des Arbeitsrechtes, im Pensions- und im Sozialbereich

Rufen Sie an!

Wir werden versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden!

Telefonische Anfragen unter

**Tel: 0676/6132771
oder 03862/ 22 417**

Sprechstunden in der KPÖ Kapfenberg

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg, Donnerstag von 14:00 bis 17:00 Uhr
und Freitag von 9:00 bis 13:00 Uhr sowie nach Vereinbarung

e-mail: kapfenberg@kpoe-steiermark.at
www.kapfenberg.kpoe.at

in Stadt
& Land

kapfenberg
KPÖ

MITEINANDER KPÖ
STATT GEGENEINANDER

AUSGANGSSPERRE FÜR BRUCK

NachtschwärmerInnen in Bruck durchleben seit einigen Monaten schwere Zeiten. Eine verschärfte Sperrstundenregelung macht Gästen

und Wirten das Leben schwer. Letztlich scheint es nur um den Nachweis zu gehen, dass Bruck polizeimäßig was drauf hat, wenn sonst schon nix geht.

AUS DER KAPFENBERGER GEMEINDERATSSITZUNG

Letzte Reserven angeknabbert

Zur Rettung des Budgets 2010 verbraucht Kapfenberg Rücklagen.



wikipedia andreas garger

In der letzten Gemeinderatssitzung in Kapfenberg wurde das Budget für 2010 beschlossen. Es enthielt unter anderem auch die Deckung gewisser Ausgaben durch Auflösen von Rücklagen. Diese Rücklagen wurden auch durch den Teilverkauf der Stadtwerke gebildet.

Nun ist klar, dass Kapfenberg seine Ausgaben decken muss und es zu keinen Mehrbelastungen der Bevölkerung kommen soll. Trotzdem sind solche Rücklagen nicht dauerhaft vorhanden. Und auch das Tafelsilber – also beispielsweise die restlichen Anteile an den Stadtwerken – kann man nur einmal verkaufen.

Teufelskreis

Rücklagenauflösung, Privatisierung – das ist ein Teufelskreis, ein rascher Weg ins Verderben. Einerseits entgehen der Stadt dadurch laufende Einnahmen, welche die Stadtwerke oder andere Gemeindebetriebe erzielen. Und

andererseits verliert die Stadt durch Ausgliederung und Verkauf an Mitspracherecht. Es ist also langfristig nicht nur eine ökonomische Fehlentscheidung, sondern auch eine demokratiepolitische! Die KPÖ warnt seit Jahren vor solchen Fehlentwicklungen.

Gebührenwillkür

Die Stadtgemeinde hat unter der SPÖ ja schon die Sparkasse und einen Teil der Stadtwerke verkauft. Irgendwann sind die Rücklagen verbraucht und man wird weitere Teile oder gemeindeeigene Betriebe verkaufen oder ausgliedern.

Dann drohen schlechtere und teurere kommunale Dienstleistungen, Tarif- und Gebührenwillkür, Lohnkürzungen und Arbeitsplatzabbau.

Weiters wurde einstimmig beschlossen, in Zukunft beliebige Beerdigungsinstitute tätig werden zu lassen. Das ist nicht nur ein Affront gegen die Stadtwerke Kapfenberg, die bisher die Bestattungen durchgeführt haben, sondern ganz nebenbei auch ein Verlust von Einnahmen, was diesen Beschluss angesichts der schlechten Finanzlage umso unverständlicher macht.

Interessant ist auch, dass einer der wenigen Bereiche, die im Budget nicht gekürzt, sondern sogar erhöht wurden, der Bezug der Politiker ist. Auch hier hat niemand ein Wort verloren. Wir von der KPÖ sind derzeit leider nicht im Gemeinderat vertreten und hoffen, dass sich dies bei der nächsten Wahl ändert.

Skurrile Post

Die Post treibt auf ihrem Weg zur Vollprivatisierung allerhand skurrile Blüten. Ein Beispiel: Wird heutzutage ein Brief, der für Kapfenberg bestimmt ist, am Freitag Abend in Kapfenberg aufgegeben, ist dieser am Dienstag im Briefkasten. Wird der Brief jedoch einen Tag später am Samstag in Graz aufgegeben, ist dieser bereits am Montag im Kapfenberger Briefkasten.

Die Post betreibt also ein Unwesen, das ökologisch, logistisch und finanziell nicht so leicht verständlich sein mag: Die Briefe und Pakete werden immer vorher nach Graz und dann zurück in die jeweiligen Orte transportiert. Da kann sich jeder selbst ein Bild machen. Übrigens: Von 25 Poststellen und Ämtern im Bezirk Bruck sind 13 übrig geblieben. Wir von der KPÖ haben jedenfalls immer schon davor gewarnt, solche Betriebe zu privatisieren.



Warum Geld verschenken?
Kostenlose Beratung für Arbeitnehmerveranlagungen und Steuerfreibeträge mit einem Steuerrechtsexperten.
 Termine nach Vereinbarung!
Tel: 0676 / 61 32 771 oder 03862 / 22 417
 Franz Bair Heim der KPÖ Kapfenberg, Feldgasse 8

Rat & Hilfe – KPO Bruck - Kapfenberg

AKTIVPASS
 Die KPO forderte seit Jahren einen Aktivpass für Kapfenberg. Damit können Menschen, die unter 900 Euro verdienen, Einrichtungen der Gemeinde (Schwimmbad, Eisstadion, Kulturveranstaltungen, öffentlicher Verkehr) viel günstiger nutzen. In Kapfenberg gibt es ihn – er wird im Bürgerbüro ausgestellt. Nun ist zu hoffen, dass weitere Gemeinden folgen.

Sprechstunde der KPÖ
Voranmeldung erforderlich!

FÜR DEN BEZIRK BRUCK / MUR
 Sprechstunde mit **KPÖ-Labg. Werner Murgg**
Do., 14. Jänner, 12:00 Uhr,
 Franz-Bair-Heim der KPÖ Kapfenberg, Feldgasse 8,
Tel. 03862/224 17 oder 0676 / 61 32 771